



# Niederschrift

---

**Nr. der Sitzung**                      **SozA/18/002**  
**Gremium**                                **Ausschuss für Soziales und Inklusion**  
**Datum**                                    **05.05.2026**

**Sitzungsdauer:**  
**Öffentliche Sitzung**                **18.00Uhr – 20.42 Uhr**

**Sitzungsort:**                            **Markt 2, Rathaus - Ratssaal E.260, 41460 Neuss**

## Tagesordnung

### **I.            Öffentlicher Teil**

#### **Formalien, Wahlen usw.**

- 1            Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit
- 2            Verpflichtung sachkundiger Bürger\*innen
- 3            Genehmigung der Tagesordnung
- 4            Einwohner\*innenfragestunde

#### **Anträge**

- 5            Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Neuss betr.: Kostenfreie Rollatoren-Trainings für Seniorinnen und Senioren
- 5.1        Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betr.: Bericht zum qualifizierten Mietspiegel

#### **Mitteilungen der Verwaltung**

- 6            Berichte aus den Arbeitsgruppen Inklusion
- 7            Inklusive Elemente der Landesgartenschau Neuss 2026
- 8            Vorstellung des Projektes "Housing First" durch die Geschäftsführerin des Bundesverbandes Housing First, Berlin
- 9            Unterbringung von obdachlosen Menschen, insbesondere von alleinstehenden Frauen und Familien in einer bisher für Flüchtlinge genutzten Unterkunft
- 10         Prüfung von Fördermöglichkeiten zur Einrichtung einer Notschlafstelle für wohnungslose Frauen
- 11         Bericht über die Arbeit der städtischen Lotsenpunkte im Jahr 2025
- 12         Bericht über das Projekt "Digital gewusst wie - Mobil im Alter" in den Lotsenpunkten
- 13         Information über Angebote und Einrichtungen des Sozialamtes der Stadt Neuss
- 14         Unterstützung der LEG-Mieter\*innen in Erfttal

15      Einwohner\*innenfragestunde

## **Anwesend:**

### **CDU**

Fielenbach, Elena	sachkundige Bürgerin
Fürste, Niklas	sachkundiger Bürger
Gradtko, Lukas	Stadtverordneter
Kaumanns, Thomas	sachkundiger Bürger
Loebelt, Thomas	Stadtverordneter
Ramakers, Bernd	Stellvertretender Vorsitzender
Rasch, Samina, Dr.	Stadtverordnete

### **SPD**

Baude, Nadine	Stadtverordnete (bis 20.10 Uhr)
Derichs, Frank	sachkundiger Bürger
Graefe-Henne, Susanne	Stadtverordnete
Kiechle, Verena	Vorsitzende
Nießén, Isabelle	sachkundige Bürgerin

### **AfD**

Schulze, Inga	sachkundige Bürgerin
Stefen, Petra	Stadtverordnete

### **Bündnis 90/Die Grünen**

Benary, Susanne	Stadtverordnete
Schackow, Dorothee	sachkundige Bürgerin

### **DIE LINKE**

Grigoriadis, Melina	Stadtverordnete
---------------------	-----------------

### **FDP-UWG**

Sworowski, Cindy	sachkundige Bürgerin
------------------	----------------------

### **Neuss-JETZT!**

Nordmann-Zander, Bettina	sachkundige Bürgerin
--------------------------	----------------------

### **Beratende Mitglieder**

Broch, Cornelia	AG 1 Inklusion
Dr. Austermann, Verena	AG 3 Inklusion

Konstantinidis, Konstantin	Ausschuss für Chancengleichheit und Integration
----------------------------	-------------------------------------------------

### **Verwaltung**

Lachmann, Holger (Beigeordneter Dez. 3); Brodowski, Robert (Persönlicher Referent des Bürgermeisters); Staar, Stefanie (Amt 50); Jüttner, Gudrun (per Zoom zu TOP 11) Leeling, Oliver (Amt 50); Moos, Marcel (Amt 50), Wirnberger, Nils (Amt 50) Wolf, Stephan (Amt 50); Lenzen, Mirjam (Inklusionsbeauftragte); Kronhof, Imke (Schriftführung); Bölling, Christian (stellvertr. Schriftführung).

## **Gäste**

Von Lindern, Julia (Bundesverband Housing-First)

## **Zuhörer**

Weber, Alexander (CDU); Biyikli, Yakup (FDP-UWG); Krämer, Ilse (Verein „Am liebsten barrierefrei“), mehrere Zuhörer\*innen, u. a. von den Caritas Sozialdiensten.

## **Niederschrift**

### **Öffentlicher Teil**

#### **Formalien, Wahlen usw.**

#### **TOP 1 Feststellung ordnungsgemäß erfolgte Einladung und Beschlussfähigkeit**

##### **Beschluss**

Es wird festgestellt, dass zu der Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und das Gremium beschlussfähig ist.

##### **Abstimmungsergebnis**

Einstimmig zugestimmt.

#### **TOP 2 Verpflichtung sachkundiger Bürger\*innen**

Nachfolgend genannte sachkundige Bürgerinnen und beratende Mitglieder werden von der Vorsitzenden, Frau Verena Kiechle, verpflichtet:

Frau Dr. Verena Austermann, Frau Cornelia Broch, Frau Elena Fielenbach und Frau Cindy Sworowski.

Die Original-Verpflichtungserklärungen sind dem Original der Niederschrift beigelegt.

#### **TOP 3 Genehmigung der Tagesordnung**

##### **Beschluss**

Die Tagesordnung wird mit der nachfolgend genannten Beratungsfolge beschlossen:

TOP 1-4, TOP 8, TOP 6+7, TOP 9+10, TOP 5.1, TOP 14, TOP 11+12, TOP 5, TOP 13, TOP 15.

Der Geschäftsführerin des Bundesverbandes Housing First, Frau von Lindern, wird das Rederecht erteilt.

##### **Abstimmungsergebnis**

Einstimmig zugestimmt.

##### **Anmerkung zur Beschlussfassung**

Die Änderung der Beratungsfolge erfolgt auf Vorschlag von Frau Kiechle.

## **TOP 4    Einwohner\*innenfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

### **Anträge**

## **TOP 5    Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Neuss betr.: Kostenfreie Rollatoren-Trainings für Seniorinnen und Senioren**

### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in enger Zusammenarbeit mit der Seniorenbeauftragten der Stadt Neuss und in Kooperation mit geeigneten Partnern (insbesondere Krankenkassen und Sanitätshäusern sowie weiteren Akteuren wie der Kreispolizeibehörde und den Stadtwerken Neuss) ein regelmäßiges Angebot kostenfreier Rollatoren-Trainings für Seniorinnen und Senioren einzurichten.
2. Dabei sollen die Trainings nach Möglichkeit mindestens dreimal jährlich angeboten und ohne Zusatzkosten für den städtischen Haushalt (beispielsweise über Kooperationen) umgesetzt werden.
3. Über die Ergebnisse soll im Ausschuss für Soziales und Inklusion berichtet werden.

### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich zugestimmt (15 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen)

### **Diskussion**

*Frau Graefe-Henne führt aus, dass die SPD-Fraktion ein kostenfreies Rollatoren-Training für Senior\*innen beantrage, das in Kooperation mit Krankenkassen und Sanitätshäuser dreimal jährlich stattfinden soll. Das Training solle niederschwellig sein, um z. B. Unfälle zu verhindern. Zusätzliche Kosten sollen nicht verursacht werden.*

*Herr Kaumanns unterstützt die Idee und betont, dass das Angebot kostenfrei sein sollte. Dennoch geht er davon aus, dass zumindest Personalkosten entstehen werden und bittet um Bezifferung.*

*Frau Staar erklärt, dass die Seniorenbeauftragte bereits jetzt alle zwei Jahre im Rahmen des Seniorentages kostenlose Rollatoren-Trainings in Zusammenarbeit mit Krankenkassen und Sanitätshäusern durchführe. In der Funktion der Seniorenbeauftragten sei eine Planung auch für weitere Termine im Jahr möglich. Die genaue Stundenzahl für die Planung sind zu eruieren.*

*Frau Stefen führt aus, dass die AFD-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Sie vertritt die Auffassung, dass die Schulungen von Krankenkassen und Sanitätshäusern organisiert und durchgeführt werden sollten. Die Stadtverwaltung sei dafür nicht zuständig.*

*Fr. Schackow schlägt vor, das Rollatoren-Training an den Lotsenpunkten in den Stadtteilen zu integrieren. Die Sanitätshäuser könnten als Partner auftreten. Dadurch könnten neue Rollator-Modelle vorgestellt werden und so eventuell eine Win-Win-Situation entstehen.*

*Frau Kiechle unterstützt den Vorschlag.*

## **TOP 5.1 Antrag der Ratsfraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betr.: Bericht zum qualifizierten Mietspiegel**

### **Beschluss**

**Der nachfolgende Antrag wird abgelehnt:**

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet um Berichterstattung durch die Verwaltung zum Umsetzungsstand des qualifizierten Mietspiegels in der Stadt Neuss.

### **Abstimmungsergebnis**

Mehrheitlich abgelehnt (16 Nein-Stimmen / 3 Ja-Stimmen)

### **Diskussion**

*Frau Benary* weist darauf hin, dass die Stadt Neuss bereits im Jahr 2023 einen qualifizierten Mietspiegel angekündigt und im Jahr 2024 ein Gutachten erstellt habe, das jedoch veraltete Kriterien nutze. Der Ratsbeschluss sah vor, Mietvertragsdaten von Haus und Grund sowie dem Mieterverein bereitzustellen, doch derzeit existiere noch kein qualifizierter Mietspiegel. Sie fragt nach den noch fehlenden Daten, betont die Bedeutung für Transparenz und Rechtssicherheit von Vermieter\*innen und Mieter\*innen und möchte wissen, welche Hinderungsgründe es für die Erstellung gebe.

*Herr Ramakers* macht deutlich, dass der Rat am 28.06.2024 einen klaren, mehrheitlich beschlossenen und rechtlich wirksamen Beschluss zum qualifizierten Mietspiegel gefasst habe. Er kritisiert die erneute Nachfrage als nicht erforderlich und weist darauf hin, dass die veraltete Internet-Ankündigung nicht mehr relevant sei. Daher werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

*Herr Lachmann* erklärt, dass seit dem 01.01.2026 ein einfacher Mietspiegel vorliege. In diesen Mietspiegel seien auch die entsprechenden Daten der großen Wohnungsanbieter eingeflossen. Daher sei der einfache Mietspiegel ausreichend und der o. g. Ratsbeschluss sei vollständig umgesetzt.

*Frau Benary* betont, dass Haus und Grund sowie der Mieterverein die erforderlichen Daten bis zum 01.01.2025 für den einfachen Mietspiegel bereitstellen sollten, fordert jedoch weiterhin einen qualifizierten Mietspiegel und schlägt einen Prüfantrag vor, um fehlende Daten zu ermitteln.

*Herr Ramakers* kritisiert, dass durch den Antrag Verwaltungsressourcen unzulässig beansprucht würden. Ein bestehender Ratsbeschluss sei bindend und ein neuer Prüfauftrag müsse auch neue rechtliche Grundlagen haben.

*Frau Kiechle* ergänzt, dass der Ratsbeschluss eindeutig für den einfachen Mietspiegel gestimmt habe, weshalb der aktuelle Antrag nicht nachvollziehbar sei.

*Frau Benary* moniert das für den Ratsbeschluss zugrundeliegende Gutachten und möchte dies nochmals mit dem Prüfauftrag aufarbeiten.

*Fr. Normann Zander* schließt sich den Argumenten der CDU-Fraktion an und weist darauf hin, dass der Ratsbeschluss rechtlich bindend ist.

## **Mitteilungen der Verwaltung**

### **TOP 6    Berichte aus den Arbeitsgruppen Inklusion**

#### **Beschluss/ Anmerkung zu den Berichten der Arbeitsgruppen**

##### **AG 1: Politische Teilhabe, Kommunikation mit der Verwaltung, Bewusstseinsbildung**

Über den Beschlussvorschlag der AG 1 zur Bereitstellung von Sitzungsunterlagen in einfacher Sprache im Ausschuss für Soziales und Inklusion wurde nach den Ausführungen der Verwaltung, dass versuchsweise an einer Umsetzung für den Ausschuss für Soziales und Inklusion gearbeitet werde, nicht mehr abgestimmt.

##### **AG 2: Barrierefreiheit**

###### **Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu den nächsten Haushaltsberatungen konkrete Zahlen vorzulegen, die eine Umsetzung sicherstellen, wonach bei sämtlichen städtisch organisierten oder geförderten Kulturveranstaltungen Begleitpersonen von Menschen mit Unterstützungsbedarf freien Eintritt erhalten. Voraussetzung ist ein entsprechender Nachweis (Merkzeichen „B“ im Schwerbehindertenausweis oder eine vergleichbare Bescheinigung).
2. Der Antrag der AG 2 Inklusion zu diesem Thema soll an den zuständigen Kulturausschuss weitergeleitet werden.
3. Über das Ergebnis der Prüfung soll der Ausschuss für Soziales und Inklusion informiert werden.

##### **AG 3: Freizeit, Kultur und Sport**

Es lag kein Beschlussvorschlag vor.

##### **Abstimmungsergebnis**

AG 2: Einstimmig zugestimmt.

##### **Anmerkung zur Beschlussfassung**

Die Erweiterung des Beschlussvorschlages um die Ziffern 2 + 3 erfolgt auf Vorschlag von Frau Benary.

##### **Diskussion**

*Frau Kiechle* erläutert, dass die Arbeitsgruppen (AGs) 1 und 2 ihren Berichten auch einen Beschlussvorschlag beigefügt hätten.

*Frau Staar* geht auf den Bericht der AG 1 ein. Nach den ersten Versuchen mit der künstlichen Intelligenz (ChatGPT und Sum.ai) Texte in einfache Sprache zu übersetzen, wurde Anfang des Jahres eine verwaltungsinterne KI, namens „KoKi“ bei der Stadt Neuss eingeführt. Erste Testläufe, die sich zunächst auf die Verwaltungsvorlagen für den Sozialausschuss konzentrieren, finden aktuell statt.

Folgende Aspekte müssen für die Umsetzung bei der Erstellung der Sitzungsunterlagen in einfacher Sprache berücksichtigt werden:

1. Die KI muss mit klaren Prompt-Formulierungen gefüttert werden, um valide Ergebnisse zu erhalten.
2. Die Fraktionen werden gebeten, dass die gestellten Anträge oder Anfragen auch in einfacher Sprache der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden.
3. Da die Fristen zur Erstellung der Sitzungsunterlagen fest vorgegeben und zum Teil eng getaktet sind, wird es nicht möglich sein, zeitgleich die Unterlagen auch in einfacher Sprache vorzulegen.
4. Auch bei dem Einsatz von KI ist der Datenschutz strikt zu beachten; personenbezogene Daten dürfen nicht in die KI eingegeben werden, sonst drohen Verstöße gegen die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales und Inklusion am 15.09.2026 versucht die Verwaltung die Sitzungsunterlagen digital in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen.

Zur Beschlussempfehlung der AG 2 erläutert *Frau Staar*, dass der Kulturbereich sich mit der Thematik schon befasst habe, es aber wohl noch keine oder keine einheitliche Umsetzung für alle kulturellen Einrichtungen gebe. Sie werde die Beschlussempfehlung noch einmal an die Kulturverwaltung weiterleiten.

*Frau Lenzen* ergänzt, dass es auch in anderen Städten keine einheitliche Regelung gebe. Die Stadt Neuss sei da keine Ausnahme.

*Herr Ramakers* fordert eine transparente und praktikable Regelung für die Betroffenen.

*Frau Graefe-Henne* bedauert die fehlende Einheitlichkeit, dies halte behinderte Menschen ggf. davon ab, kulturelle Veranstaltungen zu besuchen.

*Frau Sworowski* bestätigt aus eigener Erfahrung, dass die mangelnde Transparenz über Vergünstigungen in Neuss ein großes Problem sei, bessere Informationen könnten zu deutlich mehr Nutzung des Angebotes führen.

*Frau Kiechle* schlägt vor, die Beschlussempfehlung an den Kulturausschuss weiterzuleiten.

*Frau Benary* unterstützt den Vorschlag, bittet aber darum, dass der Ausschuss für Soziales und Inklusion auch die entsprechenden Informationen erhält.

*Herr Loebelt* spricht sich für eine pragmatische Lösung aus; wer das entsprechende Merkmal im Schwerbehindertenausweis hat, der kann kostenfrei eine Begleitperson mitnehmen. Eine Ausdifferenzierung von „Begleitgründen“ schaffe Unsicherheit und unnötigen Verwaltungsaufwand.

*Frau Kiechle* antwortet, dass das Kennzeichen „B“ im Schwerbehindertenausweis maßgeblich ist.

*Frau Schulze* spricht sich dafür aus, dass behinderte Personen mit dem genannten Kennzeichen ohne weitere Prüfung eine Begleitperson kostenfrei mitnehmen können.

**Anmerkung der Verwaltung:**

Der Beschluss des Ausschusses für Soziales und Inklusion wurde mit der Schnellmeldung an die Kulturverwaltung weitergeleitet. Daraufhin teilte das Kulturamt mit, dass in der Sitzung des Kulturausschusses am 22.01.2026 folgender Beschluss gefasst wurde:

„Die Verwaltung wird beauftragt, künftig kostenlose Begleittickets für die Begleitperson eines Menschen mit dem Merkzeichen B im Schwerbehindertenausweis auszugeben. Aufgrund der zu erwartenden Mindereinnahmen steht der Beschluss unter Finanzierungsvorbehalt.“

Der Finanzierungsvorbehalt wurde in den Haushaltsberatungen aufgehoben und die Kulturverwaltung setzt diese Vorgabe jetzt sukzessive um.

Beim Shakespeare Festival findet sich auf der Homepage folgende Angabe:

#### „Rollstuhlplätze

Rollstuhlplätze sind bei der Ticket-Hotline unter 02131 526 99 99 9 (Mo.–Fr. 10–18 Uhr, Sa. 10–16 Uhr, So. und an Feiertagen 12–16 Uhr) zum Normalpreis erhältlich. Liegt das Merkmal B im Schwerbehindertenausweis vor, teilen Sie dies der Hotline bitte mit, dann erhält die Begleitperson ein kostenloses Begleitticket.“

In der nächsten Sitzung des Kulturausschusses wird es noch eine Mitteilung der Verwaltung zu den weiteren Veranstaltungen geben. Daraus sollen alle städtischen Veranstaltungen aufgeführt werden, bei denen die Regelungen Berücksichtigung finden.

## **TOP 7 Inklusive Elemente der Landesgartenschau Neuss 2026**

Die Mitteilung lag den Mitgliedern vor und wird zur Kenntnis genommen.

### **Diskussion**

*Frau Kiechle* berichtet über die positiven Rückmeldungen der Gäste der Landesgartenschau (LAGA). Einige Verbesserungsvorschläge, u. a. vom Verein „Am liebsten barrierefrei“ seien eingegangen und würden bearbeitet. Sie lobt die weitestgehend barrierefreie Gestaltung der LAGA.

*Frau Lenzen* erklärt, dass in Zusammenarbeit mit Neuss Marketing, alle Gästeführer\*innen auch im Umgang mit behinderten Menschen geschult worden sind.

Zu den Informationen und Anmerkungen zur Barrierefreiheit der LAGA werde sie in den nächsten Tagen mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt Neuss, Herrn Bölling, eine Begehung durchführen und die Ergebnisse an die Verantwortlichen der LAGA weitergeben.

*Frau Nordmann-Zander* kritisiert die fehlende Rollstuhlzugänglichkeit am Riesenrad.

*Frau Graefe Henne* lobt die Broschüre, die sie auch selbst nutze.

*Herr Ramakers* würdigt die inklusiven Maßnahmen der LAGA und sieht darin einen Schritt zu einer offenen, inklusiven Stadt.

*Frau Lenzen* weist darauf hin, dass der GdB-Schwellenwert von 60 auf 50 gesenkt wurde und Begleitpersonen erhalten kostenlosen Eintritt über ein QR-Eintrittssystem.

*Frau Schackow* berichtet von einem gelungenen Besuch mit einer 92jährigen Dame. Die Reservierung und Nutzung eines Rollators sei unkompliziert gewesen. Allerdings sei der Trinkwasserbrunnen sehr schwergängig; dies sei verbesserungswürdig.

## **TOP 8    Vorstellung des Projektes "Housing First" durch die Geschäftsführerin des Bundesverbandes Housing First, Berlin**

Der Vortrag von Frau von Lindern wird zur Kenntnis genommen. Die dem Vortrag zu Grunde liegende Präsentation steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

### **Diskussion**

*Frau von Lindern*, Geschäftsführerin des Bundesverbandes Housing First in Berlin, stellt den seit 2015 bestehenden Ansatz des Konzeptes vor. Der Fokus liege in erster Linie auf den zu betreuenden Menschen und nicht auf der Wohnungsakquise. Evaluationen bestätigen bisher die Wirksamkeit des Modells. Wesentliche Voraussetzungen sind ausreichende Personalkapazitäten und eine bedarfsgerechte Anpassung lokaler Strukturen.

Kernelement ist die Bereitstellung einer Wohnung, gefolgt von umfassender, selbstbestimmter Betreuung. Die klassischen Treatments-First-Modelle, die zuerst Entgiftung und Therapie fordern, spielten bei diesem Konzept keine Rolle.

Frau von Lindern erläutert Praxisbeispiele, die zeigen, dass die Umsetzbarkeit des Projektes auch bei angespannten Wohnungsmärkten erfolgreich ist, wie z. B. in Berlin (seit 2018, Auswahlmöglichkeiten zwischen mehreren Wohnungen) und Hamburg (Projekt-Ziel: 30 Personen in 3 Jahren unterbringen; Ziel wurde eher erreicht).

Auch sind unterschiedliche Kooperationen und Finanzierungsmodelle möglich. In Kassel bestehe eine Kooperation zwischen der Diakonie und der Heilsarmee. Die Finanzierung erfolge über das EhAP Plus-Programm. In Saarbrücken werde das Projekt von einem Träger durchgeführt und über Landesmittel finanziert. Die Finanzierung erfolge in den meisten Fällen zunächst über Projektförderungen und im Anschluss über die Regelleistung nach § 67 SGB XII (z. B. in Berlin, Bremen, Hamburg, NRW).

Der Bundesverband Housing First bietet eine online abrufbare Daten- und Literaturdatenbank. Auch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW hat eine Broschüre: Housing First in NRW –Umsetzungskonzept für eine bedarfsgerechte Implementierung- erstellt.

*Frau Dr. Rasch* fragt, ob Gründe für den starken Rückgang der obdachlosen Menschen in Krefeld (Rückgang von 1.115 Personen im Jahr 2023 auf 30 Personen im Jahr 2024) bekannt seien?

*Frau von Lindern* antwortet, dass ihr kein Housing-First-Konzept aus Krefeld bekannt sei; sie vermutete einen Fehler in der Statistik.

*Herr Ramakers* dankt für den aufschlussreichen Vortrag. Der Ansatz des Konzeptes sei gut, es stellen sich bezogen auf die Stadt Neuss Fragen für eine Umsetzung:

1. Wer könnte ein solches Projekt in Neuss umsetzen?
2. Welche Kooperationspartner wären erforderlich?
3. Wie realistisch sei eine Umsetzung angesichts des angespannten Wohnungsmarktes?
4. Mit welchen konkreten Kosten und personellen Aufwendungen sei zu rechnen?
5. Welche konkreten Fördermöglichkeiten bestehen?
6. Woher soll der benötigte Wohnraum kommen?

*Frau Benary* ergänzt, dass soziale Arbeit im Housing-First Konzept effizient eingesetzt werde; nämlich zuerst in der Begleitung der Menschen und dann in der Suche nach Wohnraum. Die priorisierte Unterstützung der Menschen senke langfristig die Kosten. Sie fragt, ob die Finanzierung grundsätzlich zunächst über Fördermittel starte und dann in die Regelfinanzierung nach §67 SGB XII überführt werde? Zudem interessiere sie, wie eine individuelle Begleitung für Neuss konkret aussehen könnte und welche Voraussetzungen die Förderprogramme hätten?

*Frau Kiechle fragt, ob die EU-Fördergelder weiterhin verfügbar seien?*

*Frau von Lindern* beantwortet die Fragen wie folgt: Die EhAP Plus-Programme bestünden weiter, die Beantragung sei aber sehr aufwendig. Zur Wirtschaftlichkeit erklärt sie, dass Housing First günstiger sei als die Unterbringung z.B. im Hotel. Ein Hotelplatz koste im Durchschnitt rund 5.000 € monatlich. Die Wohnstabilität liege bei über 90%. Die Sekundärkosten u. a. für Krankenhausaufenthalte entfielen. Der erforderliche Personalschlüssel (1:8 bis 1:12) entspreche dem bestehenden Hilfsangeboten. Daher entstehe grundsätzlich kein Mehraufwand, sondern die Aufgaben würden anders verteilt.

Die Refinanzierung eines Wohnungsscouts für die Akquise von Wohnraum sei ggf. über § 67 SGB XII möglich. Das Land NRW biete eine besonders günstige Förderlandschaft: Eine neue Landesförderung in Kooperation mit der Sozialstiftung NRW finanzierte auch die Konzeptionsphase. Der Housing First Bundesverband könnte beratend unterstützen. Für eine konkretere Einschätzung für Neuss benötige sie weitere Informationen. Am 27./28. Mai finde zudem ein kostenloses Webinar zur Wohnungsakquise statt.

*Frau Niesen* fragt nach der Kombinierbarkeit mit der Jugendhilfe, insbesondere für minderjährige und junge volljährige Wohnungslose.

*Frau von Lindern* bestätigt, dass es Kooperationen mit der Jugendhilfe gebe und auch zielgruppenspezifische Programme. In Berlin gebe es Programme eigens für Frauen und queere Menschen.

*Frau Graefe-Henne* fragt, was geschehe ab dem Zeitpunkt, wenn die Fördermittel wegfallen?

*Frau von Lindern* antwortet, dass die Modellphase für Housing First wissenschaftlich abgeschlossen sei. Das Projekt funktioniere nachweislich in allen europäischen Ländern und deutschen Städten. Die NRW-Landesförderung diene als Unterstützung in der Aufbauphase. Im Anschluss erfolge meist die Überleitung in die Regelfinanzierung nach § 67 SGB XII.

*Frau Benary* regt an, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung über die Ursachen des überproportionalen Anstiegs der Wohnungslosigkeit im Rhein-Kreis Neuss berichtet. Darauf aufbauend könnte ein Housing First-Konzept für Neuss entwickelt werden.

*Frau von Lindern* informiert, dass das Land NRW eine detaillierte Wohnungslosenberichterstattung habe.

*Herr Lachmann* sagt den von Frau Benary gewünschten Bericht für die nächste Sitzung zu. In Bezug auf das Housing First Konzept werde die Verwaltung die Informationen in Bezug auf die Umsetzbarkeit prüfen. *Herr Lachmann* verweist auf die angespannte Haushaltslage, bestehende Sparauflagen und die hohe Arbeitsbelastung der Kollegen\*innen in der zuständigen Abteilung. Ohne politische Priorisierung von Aufgaben und eine externe Finanzierung sei eine Umsetzung schwierig.

*Frau Schulze* fragt, wie hoch der Anteil von obdachlosen Personen sei, die das Angebot annehmen, wie es bekannt gemacht werde und wer über die Eignung der Personen in die Aufnahme des Projektes entscheide?

*Frau von Lindern* berichtet aus 15 Jahren Praxiserfahrung. Nahezu alle Betroffenen hätten sich eine eigene Wohnung gewünscht, nur zwei Personen hätten dies abgelehnt. Vorbehalte der Betroffenen richteten sich nicht gegen den Wohnraum, sondern gegen bevormundende Sozialarbeit und die Bedingungen in Gemeinschaftsunterkünften. Aktuell übersteige der Bedarf das Angebot deutlich.

## **TOP 9    Unterbringung von obdachlosen Menschen, insbesondere von alleinstehenden Frauen und Familien in einer bisher für Flüchtlinge genutzten Unterkunft**

Die Mitteilung lag den Mitgliedern vor und wird zur Kenntnis genommen.

### **Diskussion**

*Frau Benary* schätzt die gefundene Lösung. Sie fragt, ob die gemeinsame Unterbringung von Familien und alleinstehenden Frauen nicht problematisch sein könnte und ob das Jugendamt in der Betreuung mit eingebunden sei?

*Herr Wolf* erklärt, dass die Stadt Neuss über 19 Unterbringungsstandorte verfüge. Bisher hätten sich keine Probleme bei der Unterbringung unterschiedlicher Zielgruppen ergeben. Man werde aber auch künftig darauf achten, dass „Problemfälle“ nicht gemeinsam in einer Einrichtung untergebracht werden.

*Herr Ramakers* begrüßt die vorgeschlagenen Maßnahmen, lobt die ausführliche und sorgfältig erarbeitete Vorlage der Verwaltung.

*Frau Graefe-Henne* fragt, wann die geplanten Maßnahmen umgesetzt werden sollen und die ersten Menschen einziehen können.

*Herr Lachmann* antwortet, dass der Einzug der ersten Personen für Ende Juni angestrebt werde. Er betont, dass Sorgfalt Vorrang vor Geschwindigkeit habe. Die Auswahl der Bewohner\*innen für die Objekte erfolge sorgfältig unter Beteiligung der Fachämter.

*Frau Graefe-Henne* erkundigt sich, wie die geflüchteten Menschen beim Umzug aus der Unterkunft unterstützt werden.

*Herr Lachmann* erklärt, dass die Unterkünfte derzeit nicht belegt seien. Die ursprünglich für 2025 eingeplanten Zuweisungszahlen für geflüchtete Menschen seien nicht erreicht worden. Daher sei Wohnraum frei, der nun für wohnungslose Menschen genutzt werden könne, bzw. als Reserve für mögliche künftige Bedarfsspitzen bereitgehalten werde. Zudem wird das ehemalige Fliegerhaus an die Diakonie zurückgegeben.

*Frau Steffen* fragt nach den anfallenden Renovierungskosten für das Fliegerhaus.

*Herr Lachmann* antwortet, dass diese nicht anfallen, da das Gebäude abgerissen wird.

## **TOP 10    Prüfung von Fördermöglichkeiten zur Einrichtung einer Notschlafstelle für wohnungslose Frauen**

Die Mitteilung lag den Mitgliedern vor und wird zur Kenntnis genommen.

### **Diskussion**

*Frau Kiechle* erklärt, dass die Verwaltung die Fördermöglichkeiten zur Einrichtung einer Notschlafstelle für wohnungslose Frauen geprüft habe und ist zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es keine Förderung dafür gebe.

*Frau Benary* weist darauf hin, dass der Bedarf an einer Notschlafstelle für Frauen stark wachse und bereits heute Frauen im Stadtbild sichtbar seien, die kaum Hilfe erhalten würden. Sie bittet die Verwaltung um Prüfung, ob eine Finanzierung über städtische Gelder möglich sei. Ergänzend bittet sie um Berichterstattung zu einem möglichen Nachfolgemodell des ehemaligen Projektes der St. Augustinus-Kliniken.

*Herr Ramakers* fragt, für wie viele Frauen eine Notschlafstelle erforderlich wäre. Er weist darauf hin, dass eine dauerhafte Finanzierung aus eigenen Mitteln erforderlich ist und ohne Gegenfinanzierung problematisch werde. Auch Fördergelder könnten das Projekt nicht alleine tragen. Eine weitere Beratung könne nur auf der Basis von fundierten Zahlen erfolgen.

*Herr Lachmann* führt aus, dass die Stadt Neuss die gesetzliche Verpflichtung in Bezug auf die Unterbringung von obdachlosen Menschen erfülle. Natürlich könne man darüber hinausgehen; die finanzielle Situation der Stadt Neuss spiele dabei eine Rolle. Die Verwaltung werde in der nächsten Sitzung über die Möglichkeit der Fortführung des Angebotes für wohnungslose Frauen berichten, dass zuvor von den St. Augustinus-Kliniken durchgeführt worden sei.

*Frau Graefe-Henne* fragt nach den Kosten, die der Stadt Neuss durch die Unterbringung obdachloser Frauen in Hotels entstehen.

*Herr Wolf* antwortet, dass derzeit keine alleinstehenden obdachlosen Frauen in Hotels untergebracht worden seien, sondern nur zwei Familien.

*Frau Schulze* berichtet von dem Projekt der Familienberatung „Balance“, das jungen Familien die Möglichkeit bietet, in Häuser von älteren Menschen mit einzuziehen und die älteren Menschen zu unterstützen. Dies könne zu einer Win-Win Situation führen.

## **TOP 11 Bericht über die Arbeit der städtischen Lotsenpunkte im Jahr 2025**

Der Bericht lag den Mitgliedern vor und wird zur Kenntnis genommen.

### **Anmerkung**

Frau Jüttner ist für die Beantwortung von Fragen per Zoom zugeschaltet.

### **Diskussion**

*Frau Graefe-Henne* dankt für den sehr ausführlichen Bericht und die interessanten Statistiken. Auffallend sei die große Heterogenität der Angebote in den verschiedenen Lotsenpunkten, was vermutlich an den unterschiedlichen Stadtteilen liege. Sie erachtet es als wünschenswert, an jedem Lotsenpunkt einheitliche Angebote, z. B. digitale Schulungen, zu haben. Auffällig sei in bestimmten Lotsenpunkten ein häufiger Personalwechsel bei den Leitungen. Auf der Homepage würden Angaben über das Angebot in den einzelnen Lotsenpunkten fehlen.

Zur inhaltlichen Arbeit der Lotsenpunkte erklärt *Frau Jüttner*, dass die Leiter\*innen der Einrichtungen frei in der Gestaltung ihrer Arbeit sind. Der zum Teil häufige Personalwechsel sei bedauerlich, habe aber unterschiedliche Gründe, die man nicht beeinflussen könne. Positiv sei die Übernahme der Lotsenpunktes Grimlinghausen und Uedesheim durch eine erfahrene Kollegin. Die digitalen Schulungen werden in Kooperation mit der VHS organisiert; jeder Lotsenpunkt kann zwei bis drei Termine anbieten. Das Bewegungsangebot für ältere Menschen wird durch Gelder aus den jeweiligen Etats des Sport- und Sozialamtes finanziert. Die monatlichen Programme der Lotsenpunkte werden bislang nicht auf der Homepage der Stadt Neuss veröffentlicht. Einzelne Lotsenpunkte haben eigene Webseiten oder Schaukasten-Auslagen. Der Lotsenpunkt Meertal plant eine eigene Internetdarstellung.

*Frau Jüttner* ergänzt, dass sie sich eine Verlinkung der städtischen Homepage auf die Seiten der Lotsenpunkte vorstellen könne und sichert eine Prüfung zu.

*Frau Schulze* fragt, ob es Möglichkeiten gibt, Schulungen auch bei Senior\*innen zu Hause anzubieten. Für hochbetagte Senioren\*innen sei der Weg zu einem Lotsenpunkt nicht mehr alleine zu bewältigen. Gebe es ggf. auch Möglichkeiten, dass diese Senioren\*innen Unterstützung beim Weg zum Lotsenpunkt erhalten könnten.

Aufgrund von technischen Problemen bei der Zoom-Konferenz wird diese Frage im Protokoll beantwortet.

Antwort der Verwaltung:

Zur Unterstützung einzelner Personen gibt es derzeit kein Angebot.

Es wird versucht, über eine Multiplikatoren-Schulung (mit der VHS) Menschen zu finden, die niedrigschwellig Smartphon-Schulungen im Lotsenpunkt und ggf. auch im häuslichen Bereich anbieten. Derzeit finden sich leider nur sehr wenig interessierte Personen. Die erste Schulung im April musste wegen mangelnder Beteiligung abgesagt werden. Um eine Begleitperson für die Betroffene zu finden, könne man sich an die Taschengeldbörse wenden.

**TOP 12 Bericht über das Projekt "Digital gewusst wie - Mobil im Alter" in den Lotsenpunkten**

Der Bericht lag den Mitgliedern vor und wird zur Kenntnis genommen.

**TOP 13 Information über Angebote und Einrichtungen des Sozialamtes der Stadt Neuss**

Die Mitteilung lag den Mitgliedern vor und wird zur Kenntnis genommen. Die Präsentation zu den Angeboten und Einrichtungen des Sozialamtes steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

**TOP 14 Unterstützung der LEG-Mieter\*innen in Erfttal**

Die Mitteilung lag den Mitgliedern vor und wird zur Kenntnis genommen.

**Diskussion**

*Herr Wirnsberger* informiert, dass im ersten Wohnblock starker Schimmelbefall vorhanden sei. Ursache seien zum einen die kalten Innenwände in den Fluren, aber auch die individuellen Verhaltensweisen der Bewohner\*innen des Hauses. Als Gegenmaßnahme ist ein komplettes Heizsystem für das Treppenhaus geplant um den kausalen Zusammenhang zwischen kalten Wänden außen und warmen Wänden innen und der daraus entstehenden Schimmelbildung entgegenzuwirken. Dies wird vor der nächsten Heizperiode umgesetzt. Die Kosten, die von den Mietern über die Miete zu tragen seien, müssen noch ermittelt werden. Sollte diese Maßnahme erfolgreich sein, werde die LEG das auch in den anderen Gebäuden umgesetzt.

Zum Parkplatzmangel erklärt *Herr Wirnsberger*, dass die LEG prüfe, Parkdecks auf den privaten Flächen zu errichten.

*Herr Wirnsberger* führt weiter aus, dass sich die Situation beim Sperrmüll verbessert habe. Da der Sperrmüll am Montag abgeholt werde, müsse er von der LEG am Sonntag vorsortiert werden. Die Wohnungsaufsicht führe seit 2022 intensive Begehungen durch. Bei akuten Gesundheitsgefahren greife sie sofort ein, ansonsten vermittele sie zwischen den Parteien. Der Verursacher der Schäden müsse die Kosten tragen, dies kann meist jedoch erst im Nachhinein geklärt werden. Die Mängel, die der Wohnungsaufsicht gemeldet werden, werden zu etwa 90% fristgerecht beseitigt.

*Herr Ramakers* dankt für die klaren Erläuterungen. Stutzig mache ihn, dass in anderen Städten die gleichen Probleme vorhanden seien. Dies könnte den Schluss zulassen, dass die LEG der Verursacher sein könnte. Bedauerlich sei, dass die LEG an der letzten Sitzung des Bezirksausschusses nicht teilgenommen habe.

*Frau Sworowski* fragt, wie häufig die Schuld an den Mängeln eindeutig den Mieter\*innen zugeschrieben werden kann. Sie bittet um Mitteilung, ob es dazu Statistiken gebe, die auch die Frage beantworten, ob die Personen öffentliche Leistungen erhalten. Sie befürchte, dass dies eine große Belastung für die öffentlichen Haushalte darstelle.

*Herr Lachmann* erklärt, dass ihm entsprechende Statistiken nicht bekannt seien.

*Frau Nordmann-Zander* und *Frau Gräfe-Henne* fragen, ob die Hauptverursacher\*innen der Mängel die Mieter\*innen seien und ob unabhängige Gutachter\*innen statt LEG-Sachverständige eingesetzt werden könnten. Weiterhin interessiert sie, ob die Heizungen in den Fluren bereits vorhanden seien, oder neu installiert werden müssten.

*Herr Wirnsberger* erklärt, dass der Vermieter gesetzlich verpflichtet ist, ordnungsgemäßen Wohnraum bereitzustellen. In der Regel wird im Einzelfall die Schuld dem Vermieter zugewiesen. Die Rechtsprechung stützt sich auf über 140 Urteile, die eine Vermieterhaftung nahelegen. Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes habe ein größeres Gewicht als die des Sachverständigen.

*Herr Lachmann* ergänzt, dass der Vermieter einen zum Wohnen geeigneten Raum bereitstellen muss, die Beweislast liege daher zunächst beim Vermieter. Dieser kann dazu entsprechende Gutachten beauftragen. Das Gesundheitsamt kann zur vorhandenen Situation eine neutrale Stellungnahme liefern. Dem Gericht ist es freigestellt im Verfahren ein eigenes Gutachten zu beauftragen. Die Kosten sind von der unterlegenen Partei zu tragen.

*Frau Nordmann Zander* fragt, ob Flyer in verschiedenen Sprachen ausgelegt werden.

Zur Lösung von Kommunikationsproblemen mit den Mietern schlägt *Frau Dr. Rasch* den Einsatz ehrenamtlicher Dolmetscher\*innen vor. Auch eine Einbeziehung des Ausschusses für Chancengleichheit und Integration könne vorteilhaft sein.

*Herr Lachmann* sichert eine Prüfung durch die Verwaltung zu.

## **TOP 15 Einwohner\*innenfragestunde**

Frau Krämer vom Verein „Am liebsten barrierefrei“ verweist auf ihre E-Mail und die darin enthaltene Kritik an der barrierefreien Nutzung der LAGA.

Frau Kiechle dankt Frau Krämer für ihr Engagement und verweist auf die anstehende Begehung der LAGA durch die Inklusionsbeauftragte und den Behindertenbeauftragten der Stadt Neuss. Frau Krämer werde danach eine Antwort erhalten. Das Protokoll über die Begehung steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.